Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.80 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 13.80 Mk., monatlich 4.60 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.40 Mk., monatlich 4.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt und dem Bezirk Schwarzenberg 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamepetitzeile für Stadt und Bezirk Schwarzenberg 240 Pfg., sonst 300 Pfg. bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 264. Sonnabend, den 13. November 1920. 15. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Die italienische und die jugoslawische Delegation haben eine völlige Einigung erzielt. Der Text des Vertrages wird noch heute unterzeichnet werden.

•

Die Anwesenheit des Königs von Spanien in Paris wird von französischer Seite zu Versuchen benutzt, eine enge Verbindung zwischen Spanien, Frankreich und England herbeizuführen.

•

Havas meldet: Oesterreich und Bulgarien haben am Mittwoch offiziell um die Aufnahme in den Völkerbund nachgesucht.

•

Nach einer Meldung der Daily Mail hat der Staatssekretär für Irland erklärt, es seien in den letzten 12 Monaten in Irland 1300 Personen getötet und 500 verwundet worden.

Die deutschen Viehlieferungen.

W. B. Der Wiedergutmachungsausschuß hat die deutsche Regierung aufgefordert, sich darüber zu äußern, in welchem Umfange Deutschland den Ansprüchen Frankreichs, Italiens, Belgiens und Serbiens auf Viehlieferungen zu entsprechen vermag. Am 15. November soll in Paris eine Sitzung stattfinden, zu der deutsche Sachverständige unterwegs sind. Ob dabei die Frage der 800 000 Milchkühe geregelt wird, ist noch ungewiß. Die Dinge liegen nun so, daß der Viehbestand Deutschlands während des Krieges fast auf die Hälfte des Friedensstapels gesunken ist. Würde heute eine Statistik aufgemacht, um für Deutschland und die Verbandländer den Durchschnitt des Viehbestandes auf den Kopf der Bevölkerung zu errechnen, so würde sich zeigen, daß die vier Länder, die Ersatz von uns verlangen, weit besser dastehen als wir. Unter diesen Umständen ist es schon eine Ungerechtigkeit und Grausamkeit, von Deutschland den unmittelbaren Ersatz eines Schadens zu fordern, der in vier Kriegsjahren entstanden ist.

Daß im Kriege Vieh abgeschlachtet wird, läßt sich nicht vermeiden. Als die Franzosen während der napoleonischen Kriege in Deutschland hausten, haben sie ebenfalls tief in die deutsche Viehstapel gegriffen. Eine Wiedergutmachung ist niemals erfolgt. Daß Italien Schadenersatz anmeldet, ist geradezu ungeheuerlich. Es hat sich in den Krieg gedrängt, mußte also damit rechnen, daß es dabei Verluste erleiden würde. Und das ist ja auch reichlich geschehen. Was die deutschen Truppen dann beim Einmarsch in Venetien an Vieh weggetrieben haben und verbrauchten, wird nicht soviel gewesen sein, um daraufhin Schadenersatzanspruch zu gründen. Wenn diese Forderung überhaupt einen Sinn hat, so kann es nur der sein, daß Deutschland nach Maßgabe seiner Kräfte Ersatz leistet. Unsere Viehstapel werden sich wieder heben, was aber immerhin einige Jahre dauern wird. Besteht der Verband auf der Forderung des unmittelbaren Ersatzes, so können wir unsere gesamte Viehzucht sofort auf Abbruch versteigern. Auch der Schaden, den Serbien angemeldet hat, kann nicht allein auf deutsche Rechnung kommen. Bulgaren und Kroaten haben in Serbien mitgenommen, was nicht niet- und nagelfest war. Die Kroaten sind heute Teilhaber des südslawischen Staates, wären also doppelte Nutznießer der von Deutschland erzwungenen Viehlieferungen. Erklärt sich der Verband damit einverstanden, daß wir den wirklichen Schaden in angemessenen Jahresraten ersetzen, so läßt sich darüber reden. Es darf aber nur der Ersatz wirklicher Schäden sein, nicht ein Versuch, sich auf Kosten Deutschlands ungerechtfertigt zu bereichern. Während des Krieges hat auch die Bevölkerung der besetzten Gebiete Fleisch verbraucht, vielleicht mehr, als sie heute zugibt. Wenigstens standen die heimlichen Schlachtungen in Blüte. Auf der anderen Seite ist zu beachten, daß auch Italien und Frankreich während des Krieges ihre Viehbestände angegriffen haben. Auch das war unvermeidlich, aber nur als Kriegsfolge, die völkerrechtlich jeder Staat für sich zu tragen hat. Sonst könnte uns ja auch die Rechnung für alles vorgelegt werden, was irgendwie und wann in den Verbandländern für die Versorgung des Heeres und die Bevölkerung verausgabt und verbraucht worden ist.

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen..

Aus Berlin wird dem Auer Tageblatt geschrieben: Man versteht es, wenn die Polen Eile haben mit Deutschland Wirtschaftsverhandlungen anzuknüpfen, denn das Bestehen des polnischen Staates ist nicht zuletzt von solchen Wirtschaftsverhandlungen abhängig. Man versteht aber auch, wenn die deutsche Regierung bei solchen Verhandlungen die Rücksicht und die Zurückhaltung walten läßt, die sie im Interesse der Sache walten lassen muß. Das Interesse Polens an geregelten Wirtschaftsbeziehungen wird allein dadurch verdeutlicht, daß ein Warenaustausch der polnischen Republik mit mehr als 50 Prozent allein mit dem Deutschen Reich geschieht. Auch unsere Exportindustrie ist begreiflicherweise an solchen Verhandlungen stark interessiert. Ehe aber wirklich fruchtbringende Arbeit am grünen Tisch geleistet wird, müssen erst noch eine Reihe von Vorfragen geklärt werden, damit Polen nicht wieder einmal ein gutes Geschäft macht, d. h. daß es so wenig wie möglich hergibt und soviel wie möglich einstreicht. Gewiß brauchen wir polnische Kartoffeln, polnischen Zucker und polnischen Sprit, aber es gibt noch andere Dinge die gleich wichtig sind, und die sich nicht nach Tonnen und Hektolitern messen lassen. Eine Million deutscher Volksgenossen in Ostpreußen harrt bis jetzt vergebens der im Friedensvertrag zugesicherten Verbindung mit dem Mutterlande, und eine Reihe von Dingen harren noch der Erledigung, die unbedingt vorher erfolgen muß. Wir wollen den Gesamtkomplex der wirtschaftlichen Fragen erledigt wissen, während die Polen nur Wert auf die Ein- und Ausfuhrbeziehungen legen. Zu diesem Gesamtkomplex der wirtschaftlichen Fragen gehören aber auch die Verhandlungen über die Optionsfrage, über die Liquidation deutschen Privateigentums sowie über die Liquidation des Ansiedelungswesens und des Staatseigentums, Dinge, wie sie der Artikel 254 des Friedensvertrages vorsieht. Endlich muß auch noch eine Regelung über die Valutafrage getroffen werden, denn der unhaltbare Zustand, sowie er in den abgetretenen Gebieten besteht, daß die deutsche Mark einfach gleich der polnischen Mark gesetzt wird, darf nicht länger andauern. Die polnische Mark wird in Berlin unter 20 gehandelt, d. h., daß sie auf dem Weltmarkt 1½ Pfennig gilt. Gewiß geht es uns nicht gut, aber in dem allgemeinen Wirtschaftselend, das auf dem europäischen Festland besteht, halten wir immer noch die Mitte zwischen Polen und den Staaten mit guter Währung. So übel wir auch dran sind, für Polen sind wir das gelobte Land, und wir sind es besonders kraft unserer schlechten Valuta, die es uns ermöglicht, den östlichen Nachbar viel billiger zu beliefern, als das Frankreich, Belgien, England und Amerika können. Das alles weiß man in Polen recht gut, wenn man es auch nicht sagt. Wenn man aber zu Verhandlungen kommen will, die für beide Länder von Nutzen sind, dann wird man sich erst zu den Vorfragen äußern müssen. Nur davon wird es abhängig sein, wie sich die künftigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Polen gestalten werden.

Die Wacht am Rhein in Tschechien.

Der Verzweiflungskampf unserer vergewaltigten deutschen Brüder in Tschechien tobt weiter. Zur Untätigkeit verdammt, sehen wir den dort täglich sich abspielenden tschechischen Gewalttaten gegen das Deutschtum zu, schmerzgebeugt, aber auch stolz auf die mannhafte Haltung der deutschen Vorkämpfer. In der tschechoslowakischen Kammer spielten sich soeben die heftigsten Tumulte ab. Veranlassung gab ein Vorfall, der sich kürzlich in Teplitz ereignete. Die tschechischen Legionäre vergriffen sich am dortigen Denkmal Josephs II., das sie abtragen wollten. Auf den Protest der deutschen Stadtverwaltung in Teplitz ergriff die Prager Regierung die Partei der Legionäre und trug der Stadtverwaltung auf, das Denkmal binnen 24 Stunden abzutragen. Der Stadtrat erklärte, keinen Beschluß dieser Art fassen zu können, und drohte mit der Niederlegung seiner Mandate, so daß Teplitz ohne Stadtrat dastehen würde. Die deutschbürgerlichen Abgeordneten im tschechischen Parlament, von Dr. Lodgmann geführt, gerieten in die größte Erregung. Die Stimmung in der Kammer wurde so erregt, daß nur die Energie des Präsidenten Tomaschek Handgreiflichkeiten verhütete. Die Kramarsch-Partei und die Deutschnationalen mußten von den Sozialisten beider Nationalitäten mit Gewalt auseinandergehalten werden. Nach einer Beschwichtigungsrede des Ministerpräsidenten beantragten die Deutschen und Magyaren die sofortige Aufnahme der Debatte. Die tschechoslowakische Mehrheit stimmte diesen Antrag geschlossen nieder. Nun erhoben sich die deutschbürgerlichen Abgeordneten von ihren Sitzen und stimmten die Wacht am Rhein an. Die tschechische Mehrheit der Kammer war zu Beginn so verdutzt, daß sie zwei Strophen des Liedes ohne Unterbrechung anhörte; dann erhob sie wütenden Protest. Der ehemalige Finanzminister Raschin schrie zu den Deutschen hinüber: Jawohl, die Wacht am Rhein, die halten jetzt die Franzosen! Kramarsch rief: Da habt ihr den Skandal, das habt ihr davon, daß ihr die Deutschen hineingelassen habt. Präsident Tomaschek benutzte die Pause, um unter allgemeinem Lärm den Ausschluß zweier deutscher Abgeordneten für fünf Sitzungen zu verkünden. Die übrigen deutschbürgerlichen Abgeordneten verließen mit den derart Gemaßregelten den Saal.

Ein großer Teil der deutschbürgerlichen Abgeordneten fordert nun den ständigen Auszug der Deutschen aus dem Prager Parlament und Bildung eines deutschen Gegenparlaments in irgend einer deutschböhmischen Stadt. Die Stadt Teplitz hat übrigens dem Auftrag der Regierung, das Denkmal Josephs II. zu entfernen, nicht entsprochen, sondern die hierfür angesetzte Frist verstreichen lassen. Am Donnerstag abend machte sich nach Teplitz entsandtes tschechisches Militär selbst daran, das Monument zu entfernen

Kleine politische Meldungen.

Das deutsch-englische Helgolandabkommen ungültig? Im Oberhause erklärte Lord Cramford namens der Regierung in Beantwortung einer Anfrage, daß das deutsch-englische Abkommen über Helgoland vom Jahre 1890 durch den Krieg ungültig geworden sei. Es bestehe nicht die Absicht, es zu erneuern, womit aber nicht gesagt sei, daß die deutsche Oberhoheit über die Insel aufgehört habe. (Die Nachricht klingt zum mindesten verdächtig. Wenn England unbedingt den Besitz Helgolands respektieren wollte, brauchte man wohl kaum ein vertraglich anerkanntes Recht abzustreiten')

Weitere 15 Jahre Okkupation? Tardieu erklärt im Journal des Debats entgegen den Klagen Fochs über unzulängliche Garantien heute, es sei bereits eine Verlängerung der 15jährigen Besetzung des Rheinlands beschlossen, weil militärische Akkorde durch England und Amerika ausblieben.

Scharfe Maßnahmen gegen schlechte Getreideablieferung. Der Hauptausschuß des Reichstages nahm einen Antrag des Zentrums an, die Reichsregierung zu ersuchen, gegen in der Ablieferung böswillig säumige Erzeuger von Brotgetreide scharfe Maßnahmen zu treffen und auf die zur Mitarbeit berufenen landwirtschaftlichen Verbände einzuwirken, ihren ganzen Einfluß für die Ablieferung von Brotgetreide, Hafer und Gerste einzusetzen.

Schärfere Bestrafung des Wuchers. Das neue Gesetz gegen die Bekämpfung des Wuchers mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, worüber im Reichsministerium zurzeit beraten wird, soll zum Schutze des Publikums gegen wucherische Ausbeutung wesentlich erhöhte Strafmaße vorsehen. Mit dem Entwurf des neuen Gesetzes wird sich auch das Reichskabinett demnächst beschäftigen.

Eine Entscheidung des Reichsgerichts über den Achtstundentag. Wie der Arbeitgeberverband Hannover mitteilt, hat kürzlich das Reichsgericht in oberster Instanz entschieden, daß es zulässig ist, den Achtstundentag zu überschreiten, wenn der Wunsch dazu von den Arbeitnehmern geäußert werde.

Maßnahmen gegen den Terror der Arbeitslosen. Die in letzter Zeit von einer bestimmten Gruppe Arbeitsloser in Berlin unternommenen Versuche, unter gemeinschaftlichem Hausfriedensbruch in Betriebe einzudringen, um die Belegschaften zu einer Arbeitsniederlegung zu veranlassen, haben maßgebende Kreise der Arbeiterschaft dazu veranlaßt, den Polizeipräsidenten um energisches Eingreifen gegen diesen Unfug zu ersuchen. Der Polizeipräsident warnt nochmals eindringlich die Arbeitslosen, sich nicht von gewissenlosen Elementen, die bei solchen Aktionen stets im Hintergrund bleiben, zu Handlungen verleiten zu lassen, die für die Beteiligten unbedingt schwere Nachteile mit sich bringen müssen.

Die internierten Bolschewisten in Deutschland. Havas meldet: Nach Ermittlungen der Berliner Ententekommission werden bolschewistische Agitatoren aus den Gefangenenlagern in Deutschland auf Stunden und Tage zur Teilnahme an kommunistischen Versammlungen beurlaubt. Der Enterat wird sich kommende Woche mit einer ernsten Vorstellung an die deutsche Regierung zu befassen haben.

Kommunistische Generalstreikpläne. Wie der Vorwärts mitteilt, will die kommunistische Betriebsrätezentrale zum 14. Nov. die Betriebsräte Großberlins einberufen, um einen Generalstreikbeschluß durchzudrücken. Der Vorwärts fordert die Betriebsräte auf, dieser Versammlung fernzubleiben. Einer dort etwa auszugebenden Generalstreikparole werde sich die Arbeiterschaft mit allen Mitteln widersetzen, erforderlichenfalls auch mit Gewalt.

Noch immer die Abteilung der Kriegsverbrecher. Eine Note der Entente über den Stand der Abteilung der deutschen Kriegsschuldigen ist in Berlin eingegangen. Wie wir erfahren, sind die Voruntersuchungen des Reichsgerichts soweit vorgeschritten, daß mit dem ersten Verfahren vor dem Reichsgericht Anfang Februar zu rechnen ist.

Ungarn unterzeichnet. Havas meldet: Die ungarische Regierung hat am Freitag früh dem Vorsitzenden der Ententekommission in Budapest ihre Bereitwilligkeit zum Ausdruck gebracht, den vorgelegten Vertrag zu unterzeichnen. Der Matin meldet aus London, das englische Kabinett habe die ungarische Regierung als königlich-ungarische Regierung anerkannt.

Viktor Kopps neuer Posten. Wie die Morningpost aus Moskau meldet, wurde Viktor Kopp, der russische Vertreter bei der deutschen Regierung, vom Moskauer Sowjet einstimmig mit der diplomatischen Vertretung Räterußlands bei der Sektion Deutschland der 3. Internationale (Kommunistische Partei) mit dem Sitz Berlin beauftragt.

Kartoffel- und Fleischversorgung.

Die Kartoffel- und Fleischversorgung wurde in der Pressekonferenz im sächsischen Ministerium des Innern ausführlich erörtert. In einer einleitenden Ansprache wies Geh. Rat Dr. Wach zunächst darauf hin, daß bezüglich der Kartoffelversorgung Maßnahmen getroffen worden seien, um der Bevölkerung dieses wichtige Nahrungsmittel zu möglichst billigen Preisen zuzuführen. Gegen die Maßnahmen des Landespreisamtes sei jedoch mehrfach Einspruch erhoben, ebenso sei eine abfällige Kritik hieran geübt worden. Infolgedessen habe man die heutige Aussprache angeregt.

Hierauf berichtete der Abteilungsleiter im Landespreisamt Lättich über die Maßnahmen zur Verbilligung der Kartoffelpreise. Zunächst seien die Preise im allgemeinen infolge der Aufhebung der Zwangswirtschaft gestiegen. Daraufhin seien die Preisprüfungsstellen und Kommunalverbände angewiesen worden, mit den Landwirten wegen der Verbilligung der Kartoffelpreise in Verhandlungen zu treten. Das Landespreisamt schlug den Betrag von 15 M. für den Zentner als Verhandlungsgrundlage vor. Durch dieses Vorgehen seien vielfach wesentliche Preisermäßigungen erzielt worden. Außerdem habe man Beziehungen zu anderen Stellen außerhalb Sachsens angeknüpft, obwohl die Erzielung billiger Preise hier schwieriger sei. Die